geänderter Beschluss:

- Der Stadtrat von Halle (Saale) lehnt jegliche transatlantische Handelsabkommen ab, die der Wahrung der europäischen Sozial- und Umweltstandards sowie dem Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge widersprechen.
- 1. Der Stadtrat von Halle (Saale begrüßt grundsätzlich die Entwicklung von Freihandel und größeren Wirtschaftsräumen. Die gegenwärtigen Verhandlungen über die transantlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) lassen jedoch die Befürchtung aufkommen, dass in die Abkommen Regeln aufgenommen werden, die unsere Standards der vielfältigen kommunalen Daseinsvorsorge in Frage stellen könnten.
 - Deswegen lehnt der Stadtrat jegliche transatlantische Handelsabkommen ab, die der Wahrung der europäischen Sozial- und Umweltstandards sowie dem Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge widersprechen.
- 2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt als auch im Deutschen Städtetag die Stimme der Stadt Halle (Saale) dafür einzusetzen, dass die kommunale Daseinsfürsorge, insbesondere die öffentliche Wasserver- und Abwasserentsorgung, die Entsorgung von Abfällen und der ÖPNV sowie alle sozialen Dienstleistungen einschließlich der öffentlichen Daseinsvorsorge im Kulturbereich, sichergestellt wird.
- 3. Den Bundes- und Landesabgeordneten der Stadt Halle (Saale) wird dringend empfohlen, die Forderung des Punktes 2 mit ihrem Stimmverhalten im Deutschen Bundestag und im Landtag von Sachsen-Anhalt zum Wohle der Stadt Halle (Saale) umzusetzen.